

Vorwort der Herausgeber

Das geteilte Berlin gehörte jahrzehntelang zu den wichtigsten Schauplätzen des Kalten Krieges. Während 15 Jahre nach dem Fall der Mauer im Stadtbild nahezu nichts mehr an sie erinnert, zeigen insbesondere die archivalischen Hinterlassenschaften des untergegangenen SED-Staates und die Niederschriften und Erzählungen von Zeitzeugen Berlin als heiß und kalt umkämpfte Nahtstelle in der globalen Auseinandersetzung der Gesellschaftssysteme.

Den kommunistischen Führungen in Ost-Berlin und Moskau galten die Westsektoren Berlins schon seit der unmittelbaren Nachkriegszeit als Pfahl im Fleisch des eigenen Herrschaftsbereichs. Die Beseitigung oder zumindest Neutralisierung dieses „imperialistischen Brückenkopfes“ hatte für die Sozialistische Einheitspartei immer hohe Priorität; ja wurde sogar als existenziell für die Stabilität des eigenen Staatswesens angesehen. Als erster Versuch zur „Übernahme“ West-Berlins kann die gescheiterte elfmonatige Berlin-Blockade 1948/49 betrachtet werden. SED- und MfS-Planungen zur Okkupation des westlichen Teils von Berlin sind bis in die achtziger Jahre hinein belegt. Das langfristige strategische Ziel, die Westmächte aus ihren Sektoren zu vertreiben und ganz Berlin zur Hauptstadt der „Deutschen Demokratischen Republik“ zu machen, wurde auch von der sowjetischen Vormacht unterstützt. Das Berlin-Ultimatum Chruschtschows setzte 1958 ganz auf diese offensive Strategie. Und taktisch forcierten Ost-Berlin und Moskau – trotz anders lautender offizieller Statements – vor allem die schrittweise Vertiefung der Spaltung der Stadt.

Mit der vollständigen Abriegelung der innerdeutschen Grenze und dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 mussten SED und KPdSU einen für sie katastrophalen Rückschlag im Kampf der Systeme hinnehmen. Es war ihnen nicht, wie sie gehofft hatten, gelungen, die angebliche Überlegenheit des Kommunismus in den Köpfen der Bevölkerung der DDR, geschweige denn der West-Berlins, zu verankern. Millionen flohen vor der SED-Diktatur – zumeist über Berlin – in die Freiheit. Die SED konnte das Überleben ihres nicht durch eine Mehrheit der Bevölkerung legitimierten deutschen Teilstaates und seiner „Hauptstadt“ nur noch mit dem Bau der Mauer retten.

Der Berliner Senat stand nun vor der schwierigen Aufgabe, Wege zur Verbesserung der Lage der eigenen Bevölkerung zu suchen und der Spaltung und einer möglichen Entfremdung der Bevölkerung in den beiden Stadthälften entgegen zu wirken. Hierzu war es von zentraler Bedeutung, den West-Berlinern wieder Möglichkeiten zum Besuch Ost-Berlins zu eröffnen. Da sich das Ulbricht-Regime weigerte, Reisefragen auf humanitärem Weg zu regeln, ließen sich für die Berliner Landesregierung bis dato umgangene politische Kontakte mit Ost-Berlin nicht mehr völlig vermeiden. Die über die Jahre aus sachlichen und/oder politischen Gründen erheblich ausgeweiteten Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Berliner Senat und Ost-Berliner Behörden stehen im Mittelpunkt der vorliegenden, im Forschungsverbund

SED-Staat der Freien Universität Berlin erarbeiteten Studie. Darüber hinaus werden die intensiven informellen Gespräche in den achtziger Jahren zwischen der SED und West-Berliner Oppositionsparteien, insbesondere der SPD, rekonstruiert und in den politischen Kontext eingeordnet.

Im Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen der DDR und der Sowjetunion auf der einen und dem Berliner Senat und den westlichen Alliierten auf der anderen Seite stand ein vielgestaltiger und für Außenstehende kaum zu durchschauender Machtkampf um den Rechtsstatus der geteilten Stadt. Beide Seiten wichen insbesondere in den achtziger Jahren immer stärker von ihrer jeweiligen „reinen Lehre“ ab und gestalteten die eigene Politik pragmatischer. Trotz der sich verschärfenden ökonomischen Zwangslage der DDR konnte die SED-Führung in den achtziger Jahren auf manchen Feldern der Inner-Berliner Auseinandersetzungen erstaunlicherweise ihre Position verbessern, was der Autor des hier vorliegenden Buches vor allem auf schlechende Änderungen im normativen Gehalt westlicher Politik zurückführt.

So mancher der heute in Berlin aktiven Politiker wird sich wohl mit gemischten Gefühlen an seine eigenen oder die Aktivitäten seiner Parteifreunde in den Jahren der Teilung erinnern. Dies trägt sicherlich mit zur grassierenden – zumeist politisch motivierten – Geschichtsvergessenheit in der deutschen Hauptstadt bei. Inzwischen regiert die Rechtsnachfolgerin der Partei, die für fast dreißig Jahre die Verantwortung für die Berliner Mauer trug, gemeinsam mit der SPD diese Stadt.

Die vorliegende detaillierte Studie von Steffen Alisch schließt eine wichtige Forschungslücke und liefert reichhaltiges Material für eine Wiederbelebung der Diskussion über die Berliner Teilungsgeschichte und den Umgang mit ihr.

München, Berlin im November 2004

Peter März

Klaus Schroeder